Deutschlands Schwarzmeerpolitik endet vor Georgien

Von Dr. Elguja Khokrishvili und Dimitri Tskitishvili, CDGR

Gas, das ein deutsches Staatsunternehmen kauft, fließt bereits durch Georgien. In den Dokumenten, in denen Berlin seine Interessen im Schwarzmeerraum darlegt, kommt das Land dennoch nicht vor. Seit 2025 kauft Securing Energy for Europe (SEFE) Gas aus Aserbaidschan, auf Grundlage eines Zehnjahresvertrags über bis zu 1,5 Milliarden Kubikmeter im Jahr. Das Gas gelangt über den Südlichen Gaskorridor nach Europa, und dessen erster Abschnitt ist die Pipeline durch Georgien.[1] Im vergangenen Jahr hat das Auswärtige Amt das Schwarze Meer zurück auf die strategische Landkarte geholt, der Deutsch-Französische Verteidigungs- und Sicherheitsrat hat seine sicherheitspolitischen Prioritäten festgelegt, und Berlin hat mit den fünf Staaten Zentralasiens eine Erklärung zur Konnektivität verabschiedet. Keiner dieser Texte nennt Georgien oder die Ostküste des Schwarzen Meeres.[2] [3] [4] Berlin hat stattdessen eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, mit denen es auf den demokratischen Rückschritt reagiert. Keine davon sagt, was sich ändern müsste, damit sie aufgehoben werden.

1. WAS GESCHEHEN IST

Am 11. Februar 2026 verabschiedeten Deutschland und die fünf Staaten Zentralasiens die Berliner Erklärung. Sie beschreibt den Transkaspischen Korridor als multimodale Verkehrsverbindung zwischen Zentralasien und Europa. Deutschland hat 2,7 Millionen Euro für die Koordinierungsplattform des Korridors bereitgestellt. Georgien, der Südkaukasus und das Schwarze Meer kommen in der Erklärung nicht vor.[2] Auf der Kieler Sicherheitskonferenz am 19. Juni 2026 sagte Außenminister Johann Wadephul, das Schwarze Meer sei auf die strategische Landkarte der westlichen Staaten zurückgekehrt, und nannte es ein umkämpftes Gefechtsfeld. Einen Staat an seiner Ostküste nannte er nicht.[3] Ende August 2025 hatte der Deutsch-Französische Verteidigungs- und Sicherheitsrat in Toulon ein gemeinsames Papier zur Schwarzmeerregion angekündigt, das eine Arbeitsgruppe beider Außenministerien erstellen sollte.[5] Das Papier ist bis heute nicht erschienen. Die Schlussfolgerungen des Rates vom 17. Juli 2026 befassen sich mit der Ukraine und mit Iran, einschließlich der Straße von Hormus. Das Schwarze Meer erwähnen sie nicht.[4]

Auch der europäische Rahmen hat sich in dieser Zeit weiterentwickelt. Im Mai 2025 ersetzte die EU die Schwarzmeersynergie durch einen strategischen Ansatz für die Schwarzmeerregion, im Juli 2026 legte sie einen Bericht über dessen Umsetzung vor. Georgien kommt darin in den Kapiteln zur Konnektivität vor, als natürlicher Transitkorridor, dessen Rolle von Schritten der georgischen Behörden abhängt. Im Teil zur Sicherheit fehlt es. Das wichtigste Sicherheitsprojekt ist ein maritimes Sicherheitszentrum (Maritime Security Hub) in Konstanza und Warna. Rumänien und Bulgarien stellten im Juni 2026 ein gemeinsames Konzept dafür vor. Der strategische Ansatz stützt sich auf bestehende Haushaltslinien und hat kein eigenes Finanzinstrument.[6]

Auch am Verhandlungstisch fehlte Georgien. Zum regionenübergreifenden Ministertreffen zu Sicherheit und Konnektivität am 20. Oktober 2025 in Luxemburg wurde der georgische Außenminister nicht eingeladen. Nach Angaben des georgischen Außenministeriums bot der Europäische Auswärtige Dienst eine Teilnahme auf Botschafterebene an. Tiflis nannte das inakzeptabel und sagte ab. Die Hohe Vertreterin erklärte später, Georgien sei nicht eingeladen worden.[7]

Die Maßnahmen Berlins richten sich an die Regierung. Im Dezember 2024 stoppte das Bundesentwicklungsministerium geplante Projekte mit dem georgischen Staat im Umfang von 237 Millionen Euro, darunter Wasserinfrastruktur in Batumi, Energienetze und grüner Wasserstoff. Die Förderung der Zivilgesellschaft lief weiter.[8] Im Oktober 2025 rief Berlin seinen Botschafter zu Konsultationen zurück. Im März 2026 setzte die Kommission die Visumfreiheit für Inhaber georgischer Diplomaten-, Dienst- und Amtspässe aus.[9] Seit dem Sommer sind in beiden Hauptstädten neue Botschafter im Amt, und die georgische Regierung spricht von einem Neustart der Beziehungen.[10]

2. WAS DAS BEDEUTET

Tabelle 1 zeigt, dass Georgien nicht zufällig fehlt, sondern nach einem Muster. Geht es um Konnektivität, wird Georgien genannt, seine Rolle aber an Bedingungen geknüpft. Geht es um Sicherheit, fehlt das Land. Geht es um den Weg vom Kaspischen Meer nach Europa, springen die Dokumente vom einen Ende der Route zum anderen, ohne die Länder dazwischen zu nennen. Das Muster ergibt sich aus den Instrumenten, die der jeweiligen Institution zur Verfügung stehen. Eine Entscheidung über Georgien steht nicht dahinter. Die Folge ist aber, dass die georgische Küste außerhalb der Planung liegt, in der Deutschland seine Interessen bestimmt.

Tabelle 1. Dokumente und Treffen zum Schwarzen Meer und zur Konnektivität seit Mai 2025 und die Stellung Georgiens darin

DATUM	DOKUMENT ODER TREFFEN	GEORGIEN
28. Mai 2025	Strategischer Ansatz der EU für die Schwarzmeerregion	Im Teil zur Konnektivität genannt, Rolle an Bedingungen geknüpft
29. August 2025	Deutsch-Französischer Verteidigungs- und Sicherheitsrat, Toulon	Schwarzes Meer genannt, Georgien nicht
20. Oktober 2025	Regionenübergreifendes Ministertreffen in Luxemburg	Außenminister nicht eingeladen
11. Februar 2026	Berliner Erklärung mit Zentralasien	Nicht genannt
15. Juni 2026	Konzept für das maritime Sicherheitszentrum	Nicht genannt
19. Juni 2026	Rede auf der Kieler Sicherheitskonferenz	Nicht genannt
3. Juli 2026	Umsetzungsbericht der EU zum Schwarzen Meer	Nur im Teil zur Konnektivität genannt
17. Juli 2026	Deutsch-Französischer Verteidigungs- und Sicherheitsrat, Nörvenich	Nicht genannt, Schwarzes Meer nicht erwähnt

Quellen: Anm. 2 bis 7.

Georgiens Wert als Transitland ist durch Kriege an anderen Orten gestiegen und wird nicht auf diesem Niveau bleiben. Nach Drohnenangriffen auf Tanker am Terminal des Kaspischen Pipeline-Konsortiums (CPC) bei Noworossijsk im Juli 2026 schickte Tengizchevroil einen Teil seines Rohöls per Bahn nach Batumi: rund 20.000 Tonnen im Juli, für August waren 100.000 Tonnen geplant. Durch die CPC-Pipeline selbst fließen jährlich rund 70 Millionen Tonnen.[11] Die Mengen waren gering, zeigten aber, wofür die Route genutzt werden kann.

Gleichzeitig entstehen Alternativen. Das armenische Parlament ratifizierte am 28. Oktober 2026 das Rahmenabkommen über die Trump Route for International Peace and Prosperity (TRIPP), und die Türkei hat begonnen, die Bahnstrecke von Kars Richtung Gjumri instand zu setzen.[12] Sind beide in Betrieb, können Güter vom Kaspischen Meer die Türkei und von dort Europa erreichen, ohne Georgien zu durchqueren. Georgien behält seine Häfen. Sie bieten die kürzeste Seeverbindung vom Südkaukasus zu den EU-Häfen Konstanza und Warna. Der Vorteil als Landbrücke ist also real, aber zeitlich begrenzt. Die Regierung in Tiflis hat bisher so gehandelt, als sei er dauerhaft.

Alle Instrumente, die Berlin bisher eingesetzt hat, laufen über die georgische Regierung: Entwicklungsgelder, der Botschafter, die Visaregeln. Ein Teil der Route ließe sich aber auch von europäischer Seite absichern. Seit Juli 2025 fragen deutsche Behörden Tanker, die ostwärts durch den Fehmarnbelt fahren, nach ihrem Versicherungsschutz gegen Ölverschmutzung. Unregelmäßigkeiten können Maßnahmen des Flaggenstaats und eine Listung nach sich ziehen.[13] Das funktioniert, weil es sich um deutsche Gewässer handelt. Im östlichen Schwarzen Meer hat die EU keine eigenen Gewässer, wohl aber Mittel, die nicht von Tiflis abhängen. Als im Oktober 2026 Schiffe vor der bulgarischen Küste angegriffen wurden, stellte sie Bulgarien und Rumänien auf deren Bitte Satellitenbilder zur Verfügung.[14] Sie kann in ihren eigenen Häfen die Herkunft von Ölprodukten prüfen und Projekte, die sie finanziert, an Bedingungen knüpfen, etwa das Unterseekabel, das in Anaklia anlanden soll. Für das östliche Becken ist bisher keine solche Maßnahme vorgeschlagen worden.

Russland verfolgt an derselben Küste eigene Projekte, während Europa dort vor allem mit Sanktionen und einem Kabelprojekt vertreten ist. Ein von Russland unterstütztes Terminal in Gali im besetzten Abchasien soll Güter aus der Region nach Russland leiten.[15] Lewan Davitaschwili, bis Juni 2025 Wirtschaftsminister, wurde drei Monate später Vorsitzender des Aufsichtsrats der Firma, die die Raffinerie in Kulevi baut. Im Juli 2026 verhängte die EU ein Transaktionsverbot gegen diese Raffinerie.[16] Die Belege sprechen weniger dafür, dass Moskau die georgische Politik steuert. Sie zeigen eher, dass geschäftliche Verbindungen in der Regierungselite die Küste für russische Interessen öffnen.

Die Kontrolle dieser Routen hängt von Organisationen ab, die Berlin fördert und Tiflis einschränkt. Von 114 regionalen Bürgerorganisationen, die 2024 tätig waren, arbeiteten 2025 nur noch 37. Seit März 2026 brauchen ausländische Zuwendungen die Zustimmung der Regierung, und wer sie ohne Zustimmung annimmt, macht sich strafbar.[17] Zolldaten, Firmenregister und öffentliche Berichte sind nur so verlässlich wie die Menschen, die sie überprüfen können. Der Druck auf die Zivilgesellschaft betrifft daher auch die Infrastruktur. Er widerspricht dem Willen der meisten Georgierinnen und Georgier: Anfang 2026 unterstützten 71 Prozent den EU-Beitritt.[18]

Für die Zurückhaltung Berlins gibt es Gründe. Jedes Angebot an Georgien könnte in Tiflis als Belohnung dargestellt werden, und die EU hat Georgiens Rolle bewusst an das Verhalten seiner Behörden geknüpft. Das gilt für Budgethilfe, Sicherheitszusammenarbeit und eine politische Aufwertung. Für Satellitenbeobachtung, Schiffsverfolgung und die Herkunftsprüfung von Rohöl und Ölprodukten gilt es nicht, denn keines davon braucht die Zustimmung Georgiens. Für das östliche Becken hat Berlin bisher keines dieser Mittel genutzt.

3. WAS ZU BEOBACHTEN IST

Drei Termine und ein fehlendes Dokument werden zeigen, ob sich die Lücke schließt.

Kulevi. Das Transaktionsverbot gegen die Raffinerie in Kulevi gilt ab dem 25. Januar 2027. Der Betreiber erklärt, die Anlage verarbeite seit dem 23. August 2026 nur noch Rohöl, das nicht aus Russland stammt, und hat beantragt, von der Liste gestrichen zu werden.[19] Ob die EU vor einer Aufhebung unabhängig geprüfte Herkunftsnachweise verlangt, wird zeigen, wie weit Maßnahmen reichen, die sich gegen Anlagen und nicht gegen Regierungen richten.

Der Haushalt. Das maritime Sicherheitszentrum hat keine eigenen Mittel, solange der Mehrjährige Finanzrahmen 2028–2034 nicht beschlossen ist. Der Bundeskanzler strebt eine Einigung bis Ende 2026 an. Die Verhandlungen werden zeigen, ob das Zentrum eine eigene Haushaltslinie erhält und ob seine Arbeit auf das östliche Becken ausgeweitet wird.[20]

Der nächste Bericht zum Schwarzen Meer. Folgt die Kommission dem Rhythmus des Vorjahres, erscheint der nächste Umsetzungsbericht im Sommer 2027. Er wird zeigen, ob Georgien im Teil zur Sicherheit auftaucht oder erneut nur unter Konnektivität.[6]

Das deutsch-französische Papier. Es wurde im August 2025 angekündigt und ist bis heute nicht erschienen. Es wäre der erste Text der Bundesregierung, der ein deutsches Interesse an der Ostküste des Schwarzen Meeres bestimmt. Dass es fehlt, zeigt derzeit am deutlichsten, wie wenig das Thema in Berlin vorangekommen ist.[5]

Die neuen Botschafter und die Rede vom Neustart haben an diesem Bild bisher nichts geändert. Ein Neustart ohne genannte Bedingungen würde die Lage so lassen, wie sie seit Dezember 2024 ist: Berlin hat gesagt, was es nicht tun wird, aber nicht, was es will.

ANMERKUNGEN

1 SEFE, „SEFE partners with Azerbaijan's SOCAR to import up to 15 TWh of natural gas per year", Pressemitteilung, 10. Juni 2025, https://www.sefe.eu/en/media/newsroom/press-releases/press-release-detail_960.html; zur Übernahme in Italien: Reuters, nach Pipeline & Gas Journal, Juni 2025, https://pgjonline.com/news/2025/june/germanys-sefe-inks-10-year-natural-gas-deal-with-azerbaijans-socar. Der erste Abschnitt des Südlichen Gaskorridors ist die Südkaukasus-Pipeline durch Georgien.

2 Auswärtiges Amt, *Berliner Erklärung der Außenminister Zentralasiens und Deutschlands*, 11. Februar 2026, https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/2755726-2755726.

3 Auswärtiges Amt, Rede von Außenminister Johann Wadephul auf der Kieler Sicherheitskonferenz, 19. Juni 2026, https://www.auswaertiges-amt.de/en/newsroom/news/2775542-2775542.

4 *Schlussfolgerungen des Deutsch-Französischen Verteidigungs- und Sicherheitsrats*, Nörvenich, 17. Juli 2026, https://www.bundesregierung.de/resource/blob/992814/2447554/da8ac3d9e083ec89fbecb012973e69da/2026-07-17-dfvsr-erklaerung-deutsch-data.pdf; Łukasz Maślanka und Jacek Tarociński, „Franco-German deterrence exercises and defence cooperation planning", OSW, 22. Juli 2026, https://www.osw.waw.pl/en/publikacje/analyses/2026-07-22/franco-german-deterrence-exercises-and-defence-cooperation-planning.

5 *Schlussfolgerungen des Deutsch-Französischen Verteidigungs- und Sicherheitsrats*, Toulon, 29. August 2025, veröffentlicht am 2. September 2025, https://www.elysee.fr/en/emmanuel-macron/2025/09/02/conclusions-of-the-franco-german-defence-and-security-council.

6 Europäische Kommission und Hohe Vertreterin, *Der strategische Ansatz der Europäischen Union für die Schwarzmeerregion*, JOIN(2025) 135 final, 28. Mai 2025, und *Gemeinsamer Bericht über die Umsetzung des strategischen Ansatzes für die Schwarzmeerregion*, JOIN(2026) 15 final, 3. Juli 2026, eur-lex.europa.eu; Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss, Stellungnahme zu JOIN(2025) 135, angenommen am 3. und 4. Dezember 2025, ABl. C/2026/877, 27. Februar 2026; „Romania, Bulgaria Finalize Black Sea Security Hub Project", BTA, 15. Juni 2026, https://www.bta.bg/en/news/balkans/1147650-romania-bulgaria-finalize-black-sea-security-centre-project.

7 „Foreign Ministry: Inviting Georgia at the ambassadorial level to the Luxembourg ministerial meeting is unacceptable", Interpressnews, 23. September 2025, https://www.interpressnews.ge/en/article/142595; „Georgia's Foreign Minister Not Invited to Meeting of Black Sea Country Foreign Ministers in Luxembourg", Caucasus Watch, 29. September 2025, https://caucasuswatch.de/en/news/georgias-foreign-minister-not-invited-to-meeting-of-black-sea-country-foreign-ministers-in-luxembourg.html; „Kaja Kallas: Georgia was not invited to EU Ministerial on cross-regional security", Georgia Today, 21. Oktober 2025, https://georgiatoday.ge/kaja-kallas-georgia-was-not-invited-to-eu-ministerial-on-cross-regional-security/.

8 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Länderseite Georgien, bmz.de; „German Embassy reports on suspended projects“, 1TV, 27. Dezember 2024, https://1tv.ge/lang/en/news/german-embassy-reports-on-suspended-projects/.

9 Durchführungsverordnung (EU) 2026/496 der Kommission vom 6. März 2026, https://eur-lex.europa.eu/eli/reg_impl/2026/496/oj/deu.

10 „PM Kobakhidze on German ambassador recall“, Georgia Today, Oktober 2025, https://georgiatoday.ge/pm-kobakhidze-on-german-ambassador-recall-fischer-damaged-georgian-german-relations/; „Georgian Ambassador presents credentials to German President“, Imedi, 23. Juli 2026, https://info.imedi.ge/en/politics/10477; „Germany appoints Barbara Voss as new ambassador to Georgia“, Georgia Today, 13. August 2026, https://georgiatoday.ge/?p=109687.

11 „Caspian Pipeline Consortium Oil Loadings Suspended After Drone Attacks on Tankers“, Reuters, 19. Juli 2026; „Four Tankers Load at CPC as Tengizchevroil Plans Larger Batumi Shipments“, The Times of Central Asia, August 2026, https://timesca.com/four-tankers-load-at-cpc-as-tengizchevroil-plans-larger-batumi-shipments/; „Kazakhstan Reroutes Oil Exports as Drone Strikes Cripple CPC Terminal“, Fergana News, August 2026, https://en.fergana.news/news/148527/.

12 „Parliament ratifies Armenia-U.S. TRIPP framework agreement“, Armenpress, 28. Oktober 2026, https://armenpress.am/en/article/1264087; „Gyumri-Kars railway project moves onto the rails: Türkiye begins restoration of Akyaka-Gyumri section“, Armenpress, 2026, https://armenpress.am/en/article/1256550.

13 Auswärtiges Amt, „German Government increases vigilance in the Baltic Sea“, 1. Juli 2025, https://www.auswaertiges-amt.de/en/newsroom/news/2725506-2725506.

14 „EU calls on Russia to cease attacks on commercial vessels in Black Sea“, European Pravda, 7. Oktober 2026, https://www.eurointegration.com.ua/eng/news/2026/10/7/7247146/.

15 „Abkhazia Moves Ahead with Transit Hub for Russia-Bound Goods via Georgia“, OC Media, 15. Dezember 2025, https://oc-media.org/abkhazia-moves-ahead-with-transit-hub-for-russia-bound-goods-via-georgia/; Social Justice Center, rechtliche und politische Analyse des Transitterminals in Gali, https://socialjustice.org.ge.

16 Transparency International Georgia, „Kulevi Oil Refinery – Part of a Sanctions Evasion Scheme?“, https://transparency.ge/en/blog/kulevi-oil-refinery-part-sanctions-evasion-scheme; Beschluss (GASP) 2026/1849 des Rates vom 23. Juli 2026, https://eur-lex.europa.eu/eli/dec/2026/1849/oj/deu.

17 Human Rights Watch, „Georgia: New Laws Devastate Independent Civic Groups“, 9. Juli 2026, https://www.hrw.org/news/2026/07/09/georgia-new-laws-devastate-independent-civic-groups; International Center for Not-for-Profit Law, „Amendments to Georgia’s Law on Grants and Related Legislation“, 20. März 2026, https://www.icnl.org/post/news/amendments-to-georgias-law-on-grants-and-related-legislation.

18 EU NEIGHBOURS east, *Annual Survey 2026: Georgia*, Befragung Januar und Februar 2026, https://euneighbourseast.eu/news/publications/annual-survey-2026-georgia/.

19 „Black Sea Petroleum: Kulevi oil refinery transitions fully to non-Russian crude, completing phase-out“, 1TV, 3. September 2026, https://1tv.ge/lang/en/news/black-sea-petroleum-kulevi-oil-refinery-transitions-fully-to-non-russian-crude-completing-phase-out/; zum Antrag auf Streichung von der Liste: bne IntelliNews, 22. Oktober 2026, intellinews.com.

20 Bundesregierung, Pressekonferenz nach dem Deutsch-Französischen Ministerrat, 17. Juli 2026, https://www.bundesregierung.de/breg-en/news/pc-franco-german-council-2447606; „Bulgaria and Romania establish joint Black Sea Maritime Security Hub“, BNR, 16. Juni 2026, https://bnrnews.bg/en/post/490320/bulgaria-and-romania-establish-joint-black-sea-maritime-security-hub.

Stand der Informationen: 31. Oktober 2026.

AUTOREN [Kurzbiografien von Dr. Elguja Khokrishvili und Dimitri Tskitishvili in je einer Zeile, Text folgt von den Autoren.]

LIZENZ Sofern nicht anders angegeben, steht diese Ausgabe unter der Lizenz Creative Commons Namensnennung 4.0 International (CC BY 4.0). Als solches gekennzeichnetes Material Dritter ist davon ausgenommen.

FINANZIERUNG [Geldgeber noch zu bestätigen]

HAFTUNGSAUSSCHLUSS Die geäußerten Ansichten sind die der Autoren und geben nicht notwendigerweise die Position des CDGR oder eines Geldgebers wieder. Ortsnamen und territoriale Bezeichnungen folgen den zitierten Quellen und bedeuten keine Stellungnahme zu deren Status.

HERAUSGEGEBEN VON Centre for Democracy, Geopolitics, and Resilience, Kantstraße 23, 10623 Berlin · cdgr.org · info@cdgr.org